BVOH-Podiumsdiskussion

Parteien unterstützen den digitalen Wandel

Donnerstag, 31.08.2017

Auf dem „Tag des Onlinehandels“ in Berlin diskutierten die Bundestagskandidaten Thomas Heilmann, CDU, Daniela Kluckert, FDP, und Lisa Paus, Bündnis 90/Die Grünen, mit Oliver Prothmann, Präsident des Bundesverband Onlinehandel (BVOH). Ergebnis: Alle Parteien unterstützen den digitalen Wandel und sehen in ihm ein großes Potenzial für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Problematisch sei noch die Umsetzung. Der Staat sei strukturbedingt noch zu langsam. Die Einführung von E-Government müsse deutlich agiler werden, vor allem durch die Beteiligung der Privatwirtschaft im Wettbewerb. Momentan dauere die Umsetzung noch mehrere Jahre, so dass erarbeitete Lösungen bei ihrer Einführung schon veraltet seien.

Gerade durch den Ausbau des E-Governments erhoffe sich die Politik eine beträchtliche Entbürokratisierung sodass vor allem kleine und mittlere Unternehmen von Ballast befreit werden. Wichtig sei etwa das Once-only-Prinzip. Eine Meldung bei einer Behörde müsse für alle administrativen Vorgänge ausreichen. Auch klagen KMU über überbordende Verbraucherschutzvorschriften, die selbst von den Verbraucherinnen und Verbrauchern oft nicht verstanden werden.

Regulierungen seien aber da sinnvoll wo sie unlauteren Wettbewerb verhindern. Allerdings gebe es häufig Vollzugsdefizite. So sollte das Bundeskartellamt zukünftig einen stärkeren Fokus auf vertikale Wettbewerbsbeschränkungen legen können. Denn diese seien es, die den mittelständischen Onlinehandel stark ausbremsen. „Wir wollen, dass sich der Onlinehandel positiv entwickelt, dazu bedarf es klarer Wettbewerbsstandards. Das Kartellrecht muss verändert werden, so dass große Konzerne entflochten werden können. Das Kartellamt soll auch verstärkt auf die Marktmacht der vertikalen Integration schauen. Wichtig ist eine allgemeine Entbürokratisierung sowie eine unbürokratische Hilfe bei Existenzgründungen. Dabei darf der Verbraucherschutz nicht zu kurz kommen, muss hohe Standards haben“, sagt Paus

„In einem digitalen Binnenmarkt darf es nicht nur Chancen für die Digitalriesen geben“, sagt Prothmann. Nach wie vor gehen Vertriebsverbote von namhaften Herstellern und Markeninhabern aus. Allein in Deutschland würden Händler unter einem Umsatzverlust von mehr als 20% pro Jahr leiden. In anderen europäischen Ländern sei die Quote sogar noch höher: UK 25%, Frankreich 26% und Italien 29%. Spitzenreiter in allen Umfragen zu Vertriebsbeschränkungen sei der US-Sportartikelhersteller Nike. „Die kommende Regierung muss eine klare Aussage zu der Vielfalt treffen. Wir müssen mit dem Wettbewerbsrecht den kleinen Onlinehändlern faire Marktchancen sichern. Dafür müssen wir die großen Online-Portale regulieren“, sagt Heilmann.

„Beschränkungen im Onlinehandel sind kein Kavaliersdelikt. Der BVOH fordert die Politik auf, die Existenzen der kleinen Händler endlich besser zu schützen und den Machenschaften von Herstellern einen Riegel vorzuschieben“, sagt Oliver Prothmann. Dazu werde eine digitale Infrastruktur beim Zugang zu Internet und Behörden gebraucht. „Der Onlinehandel muss gestärkt werden. Wir stärken ihn durch Bürokratieabbau und den Ausbau des europäischen Binnenmarkts. Und nicht zuletzt muss es für Unternehmen einfacher werden im Onlinehandel Investitionen zu tätigen“, sagt Kluckert.

Kontrovers diskutierten die Teilnehmer über die Lösung des Umsatzsteuerproblems im Onlinehandel.

Onlinehändler außerhalb der EU führen häufig keine Umsatzsteuer, obwohl die Lieferungen über dem Schwellenwert liegen. Umstritten sei, wer stärker in die Verantwortung muss: Zoll, Plattformbetreiber oder Paymentdienstleister. Der BVOH spricht sich dafür aus, dass die klassischen Regulatorien zur Anwendung kommen und nicht die Plattform zur Verantwortung gezogen werden.

[zum Seitenanfang](#)